

MITTAGSPOST



12.10. Ausgabe 17/2018

Fraktion

In der Fraktionssitzung haben wir kontrovers über Waffensexporte in Länder außerhalb der Europäischen Union diskutiert. Außenminister Heiko Maas stand uns hierzu Rede und Antwort. Besonders strittig sind Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien. Auf unser Betreiben hin, haben wir im Koalitionsvertrag ein Exportstopp für alle Länder festgeschrieben, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Leider mussten wir aber einen Bestandschutz für bereits erteilte Vorgenehmungen akzeptieren. Dies führte dazu, dass seit März Rüstungsexporte im Wert von 254 Millionen Euro an das Königreich genehmigt wurden. Darunter 2011 bestellte Küstenschutzboote, die gegen Piraterie eingesetzt werden.

Weitere Themen in der Fraktion war die Rentenkommission, der Klimaschutz sowie die Tagesordnung fürs Plenum. Aktuell befinden sich 60 bis 70 Gesetze in der Bearbeitung, die bei einem „harten“ Brexit angepasst werden müssten.

Plenum

Auf der Tagesordnung des Plenums stand u.a. das Familienentlastungsgesetz. Mit diesem Gesetz wird das Kindergeld ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Kind und Monat erhöht. Der Kinderfreibetrag wird entsprechend angepasst (2019 und 2020 um jeweils 192 Euro). Und es wird sichergestellt, dass das Existenzminimum auch weiterhin steuerfrei bleibt, indem der Grundfreibetrag angehoben wird (2019 um 168 Euro und 2020 um 240 Euro). Das bedeutet, dass eine Familie mit 60.000 Euro Jahreseinkommen ab 2020 über 20 Prozent (530 Euro) weniger Steuern zahlt. Insgesamt sieht das Gesetz Entlastungen in einer Höhe von rund 10 Milliarden Euro vor. Das kann sich doch sehen lassen und es ist ein weiteres Gesetz zur Besserstellung von Familien.

Im Plenum diskutierten wir zudem über das Teilhabechancengesetz. Hintergrund des Gesetzes: Trotz der

guten Lage am deutschen Arbeitsmarkt, gibt es noch 800.000 Menschen, die schon lange arbeitslos sind und nur sehr schwer einen neuen Job finden. Mit dem Gesetz helfen wir diesen Menschen, endlich wieder in Arbeit zu kommen. 4 Milliarden Euro sind im Haushalt für einen sozialen Arbeitsmarkt eingeplant, der Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven auf Beschäftigung gibt. Dieser soziale Arbeitsmarkt umfasst sozialversicherungspflichtige Arbeit bei privaten Arbeitgebern, sozialen Einrichtungen, Städten oder Gemeinden.

Die Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs stand ebenfalls auf dem Programm. Das Gesetz stellt sicher, dass Lebensmittel in Deutschland gesundheitlich unbedenklich sind. Die Änderung sieht vor, dass lebensmittelrechtliche Verstöße von den Behörden für sechs Monate veröffentlicht werden dürfen, was bislang nicht erlaubt war. Ein Mehr also an Verbraucherschutz.

Verband der Zoologischen Gärten (VdZ)

Ein spannendes und hoch interessantes Gespräch hatte ich mit Vertretern des Verbands der Zoologischen Gärten. Zoos leisten nicht nur wertvolle Bildungs- und Aufklärungsarbeit,



Julia Kögler, Volker Holmes (beide vom VdZ) und Susanne Mittag (v.l.)

sondern sie sind auch Auffangstation für Wildtiere und erhalten Arten und Rassen. Dazu zählen auch alte Nutztierassen. Wer sich also wundert, eine Kuh im Zoo zu sehen, ja auch die gehört dahin.

Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

In der LG hatten wir zwei Vertreter der Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen zu Gast. Sie stellten uns ihre neue App „[Spot on](#)“ vor, mit der sie für die Demokratie wirbt. Ziel dieser App: Die Demokratie mit Hilfe einer digitalen und interaktiven Bildungsrouten erlebbar zu machen.

Mit Quizfragen, kurzen Videos, Texten und Bildern werden in der App verschiedene politische Themen angesprochen. Zudem können alle Demokratiebefürworter unter dem Motto „Demokratie auf der Spur“ online Vorschläge für neue Routen und Ziele in der eigenen Stadt oder Gemeinde machen.

Sicherheitspolitische Konferenz

Beim Deutschen Forum für Sicherheitspolitik sprach sich unser Außenminister Heiko Maas für einen deutlich höheren Beitrag Deutschlands und Europas zur Sicherheit in der Welt aus.



Nötig sei dazu ein Ausbau des europäischen Pfeilers der Nato und das gemeinsame Vorgehen in der EU - wie

z.B. die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit. Zudem schlägt Maas einen europäischen Sicherheitsrat vor.

Anhörung Wolf

Zu einem Fachgespräch zum Thema Wolf und Herdenschutz lud der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft fünf Experten ein. Erkenntnisse und Erfahrungen aus brandenburgischer Sicht, wo der Wolf nie weg war, waren ebenso aufschlussreich, wie die des Direktors des Osnabrücker Zoos, der auch aus tierärztlicher Sicht berichten konnte. Interessant und hilfreich waren auch die Erläuterungen des 1. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Herdenschutz, der des Bundesverbandes der Berufsschäfer sowie die des Instituts LUPUS, einem Institut für Wolfsmonitoring und -forschung. Deutlich wurde die Notwendigkeit des vorsorgenden Herdenschutzes, den Schutz von Großtieren im Auge zu behalten, die Schafhalter weitergehend als bisher zu unterstützen so-

wie die wissenschaftliche Beobachtung auszubauen und europäisch zu vernetzen. Ein Fazit war auch: ein Nebeneinander von Wolf und Herde ist möglich, jedoch nicht überall. Deshalb ist eine individuelle Bewertung immer nötig, Entnahmen unumgänglich.

Ferkelkastration

In Kürze stimmt der Bundestag über eine zweijährige Verlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration ab. Bis dahin verhandeln wir noch intensiv mit Union und Landwirtschaftsministerin Klöckner. Sehr ärgerlich ist, dass öffentlich dabei mit falschen Fakten gearbeitet wird. So gibt es derzeit drei marktfähige Verfahren, die allerdings von der Schlachtindustrie und dem Einzelhandel gar nicht oder nur bedingt akzeptiert werden. Wir wollen, dass Landwirte diese Alternativen anwenden können, um das Leiden der Ferkel zu beenden.

Petition Tierversuche

Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ging es diese Woche um die Umsetzung der 2010 in Kraft getretenen EU-Tierversuchsrichtlinie in Deutschland. Die stellv. Vorsitzende des Vereins „Ärzte gegen Tierversuche“ forderte in ihrer Petition die weitere Reduzierung von Tierversuchen auf nur noch im Einzelfall begründete Fälle. Sie kritisierte, dass derzeit das deutsche Tierschutzrecht gegen die EU-Tierschutzrichtlinie verstoßen würde.

Arbeitsgruppe Innen

In der AG war das Fachkräftezuwanderungsgesetz Thema. Endlich sind wir dem von uns seit Jahren geforderten Einwanderungsgesetz sehr nahe. Neben Hochschulabsolventen soll das Gesetz auch für qualifizierte Berufstätige gelten. Voraussetzung für eine Zuwanderung nach Deutschland sollen Sprachkenntnisse und eine qualifizierte Ausbildung sein. Während der sechs monatigen Jobsuche müssen die Ausländer ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren.

Auch kommende Woche werde ich euch aus Berlin berichten, denn es steht eine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestages an.